N i e d e r s c h r i f t der 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)

am:	24.11.2016	Ort:	Sitzungssaal des Rathauses
Beginn:	17:35 Uhr	Ende:	20:35 Uhr

anwesende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Kolan, Lars	Piesker, Günter
Beck, Wolfram	Richter, Jens
Brose, Detlef	Richter, Sven
Bruse, Paul	Rieger, Andreas
Kaiser, Benjamin	Rogalla, Peter
Kaiser, Thomas	Schneider, Peter
Kindler, Christoph	Dr. Schönfelder, Inis
Krüger, Reinhard	Selbitz, Frank
Lange, Bork	Sell, Marco
Minetzke, Sabine	Stöbe, Olaf
Mogschan, Dietmar	Weidemanns, Thomas

entschuldigt:
Kunze, Martin

anwesende Verwaltungsangestellte:

Neumann, Frank	Britze, Grit
Gottheiner, Lutz	Tarnow, Hannelore

Gäste:

anwesende Ortsvorsteher:

Schade, Torsten	Krüger, Dieter
Richter, Franz	

- öffentlicher Teil -

TOP 1 – Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rogalla begrüßt die Anwesenden. Einladung und Beschlussvorlagen wurden ordnungsgemäß zugesandt. Es sind 21 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung

Herr Rogalla teilt mit, dass für das Büro DWG (TOP 7) Herr Kölling Ausführungen machen wird. Bei TOP 9 bittet er die Beschlussnummer um ein a zu ergänzen. Des Weiteren zeigt er das Rederecht für Herrn Kölling (TOP 7), Herrn Stolpe (TOP 6) und Herrn Dörre (TOP 7) an. Hinsichtlich des TOP 14 hat die Vertreterin der Lausitzer Rundschau gebeten, Fotos machen zu dürfen.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sprechen sich einstimmig für das Rederecht und die Fotoerlaubnis aus.

TOP 3 – Einwohnerfragestunde

Herr Budich mahnt die vollständige Protokollierung seiner Fragen in den Sitzungen am 19.09.2016 und 11.10.2016 an. Insbesondere geht es ihm um die offene Zahlung in Höhe von 6.000 Euro seit 2007. Als weiteres ist er der Ansicht, dass die Stadt als Eigentümer und der Bürgermeister als Aufsichtsratsmitglied der SÜW zuständig für Fragen bezüglich der SÜW sind. Er fragt, warum die Stadtverordneten die Geheimhaltung von Umweltdaten durch die SÜW dulden.
Er möchte wissen, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung Lübben und die SÜW gegen die wiederkehrende Trinkwasserkontamination mit Coliformen Bakterien am Netzpunkt Spreewaldkonserve-Majoransheide durchführen werden. Er erkundigt sich, welche Laborprotokolle in die jährlichen SÜW-

Eigenberichte zur Trinkwasserbeschaffenheit und dortige Mittelwertangaben einfließen. Als Hintergrund sieht er, die aus seiner Sicht falschen Angaben im Bericht 2015. Zum Abschluss regt er an, im Sitzungssaal des Rathauses einen freien WLAN-Internetzugang auch für Gäste einzurichten.

Herr Kolan wird auf die Fragen schriftlich antworten.

Herr Stöbe erklärt hinsichtlich des Protokolls des Finanzausschusses, dass die Fragen dem Protokoll angehängt werden.

TOP 4 – Bericht/Informationen des Bürgermeisters

„Sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Ortsvorsteher, Ortsbeiratsmitglieder und Gäste,

ich beginne meinen Bericht mit der Feststellung, dass ich am 1. November im Rathaus die **9. Internationale Cartoon-Biennale** „Grafikatur“ eröffnete. „Smartphone“ lautete das Thema des diesjährigen Wettbewerbes, zu dem insgesamt 514 Cartoons aus 47 Ländern im Rathaus eingingen. Den ersten Preis der diesjährigen „GRAFIKATUR“ der Stadt Lübben vergab die Jury an Pariya Pooladvand aus dem Iran. Schon zweimal zuvor hatte die gehörlose Künstlerin den zweiten Platz im alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Cartoon-Wettbewerb belegt. 2010 erhielt sie die „Silberne Feder“ für ihre Zeichnung zum Thema `Geld´ und zwei Jahre später erneut für die Umsetzung des Themas `Erziehung´. In diesem Jahr überzeugte Pariya Pooladvand die Jury mit ihrer Zeichnung vom Vater, der sich aus den Ketten des Smartphones befreit und damit seinen kleinen Jungen sehr glücklich macht, weil er nun mehr Zeit für ihn hat. Der zweite Preis ging an Frau Maren Amini, den dritten Preis erhielt Herr Dr. Jan Thomaschoff, die beide aus Deutschland stammen. Da die Siegerin der Grafikatur-Biennale wegen des fehlenden Visums ihren Preis am Tag der Ausstellungeröffnung nicht selbst entgegennehmen konnte, holte sie dies am 15. November nach und besuchte mich gemeinsam mit ihrem Bruder, Mohsen Pooladvand im Rathaus, um die „Goldene Feder“ sowie eine Urkunde in Empfang zu nehmen. Die Ausstellung ist bis zum 26. Januar im Rathaus zu sehen.

Besuch aus Brüssel - ELER-Projekt

Das Brandenburger Landwirtschaftsministerium stellt regelmäßig ein Förderprojekt in den Mittelpunkt, das aus dem Agrarfonds ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes) unterstützt wird. Das Projekt des Monats September zeigt, wie der Bau unserer Fußgängerbrücke zur Spree-Lagune über die Spree zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur beiträgt und bestens angenommen wird.

Diese Projektauswahl des Landwirtschaftsministeriums als „Projekt des Monats September“ veranlasste den CDU-Europaabgeordneten Dr. Christian Ehler am 03.11.2016 der Stadt Lübben einen Besuch abzustatten, um sich über die in diesem Zusammenhang erfolgten Fördermittelbeantragungen informieren zu lassen. In einem sehr lebendigen Gespräch schilderte Herr Dr. Ehler auch seine Sicht auf die Zukunft der europäischen Fördermöglichkeiten. Er schätzte ein, dass sich diese nach dem Kalenderjahr 2019 drastisch zum Nachteil des Landes Brandenburg bzw. Ostdeutschlands entwickeln dürften und nur noch in sehr geringem Umfang zur Verfügung stehen werden. Gerade mit Blick auf Erweiterung des touristischen Angebots wies er darauf hin, dass die Stadt Lübben unbedingt eine Fokussierung und Priorisierung seiner förderfähigen Maßnahmen vornehmen sollte. An dem Gespräch nahmen auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke, der CDU-Landtagsabgeordnete Björn Lakenmacher und der Lübbener CDU-Fraktionsvorsitzende Jens Richter teil.

30 Jahre Städtepartnerschaft Lübben (Spreewald) – Neunkirchen (Saarland)

Am Wochenende vom 04. - 06.11.2016 nahm eine kleine Delegation unserer Stadt, bestehend aus den Stadtverordneten Frank Selbitz, Reinhard Krüger, dem Vorsitzenden des Städtepartnerschaftsvereins, Herr Hubertus Schulz, und ich an den Feierlichkeiten unserer Partnerstadt Neunkirchen zum 30-jährigen Bestehen der Partnerschaft unserer Städte teil. Der Oberbürgermeister, Jürgen Fried, zog mit mir gemeinsam das Fazit, dass die Partnerschaft noch immer lebt und sinnvoll ist. Der Austausch von Verwaltungsmitarbeitern und Azubis wurde lose vereinbart, um einen neuen Impuls zu setzen, so wie zuletzt in den 90er Jahren.

Brücke Wassergasse

Nach mehrmonatiger Bauzeit wurde am 10. November die neue Brücke in der Wassergasse zur Nutzung freigegeben. Am 1. Juni hatten die Arbeiten am Ersatzbau für die 23 Jahre alte Brücke in der Wassergasse, die in Größe und Bauart der Klavierbrücke entsprach, begonnen. Analog der Klavierbrücke wurden auch hier die vorhandenen Gründungspfeiler wiederverwendet und ab der Wasserlinie ein neues Tragwerk aus Stahl aufgesetzt. Für den Belag ist Tropenholz verwendet worden. Im Zuge

Von: Th Budich
An: buergermeister@luebben.de; SVV-Lübben
Datum: 23.02.17 15.45 Uhr
Betreff: Fragen an die StVV Termin 23.02.2017 SVV-Lübben

Do. 23.02.2017 StVV 17:30

Guten Tag!

An die StV und den BGM:

Voranstellung:
Die lübbener Stadtwerke haben auf Basis derer Lügen und Urkundenfälschung gegen mich als Journalist einen unbegründeten und willkürlichen Haftbefehl beantragt und vom kriminellen Rechtsbeuger Richter Holger Staudler erlassen bekommen. Diese Maßnahme stellt im übrigen grundgesetz-widrige Pressezensur dar.
Beweis: http://budich.org/luebbens/suew454haft.htm

Alle Stadtverordneten haben am 27.08.2016 das lübbener Unrecht und ihre kriminellen Stadtwerk-Geschäftsführer geschützt und deren illegales und unseriöses Tun und Unterlassen ausdrücklich als korrekt gebilligt.
Daher haben alle Stadtverordneten, wie Mitläufer in der DDR-Diktatur, und der Bürgermeister Lars Kolan (Mitglied in der sogenannten SPD) sich eine Mitschuld aufgeladen. Sie taten dies durch Schweigen, Dulden und aktives Handeln.
Beweis: "Petitions-Antwort" auf http://budich.org/luebbens/sv140915.htm

Die Fragen:
1. Warum billigen und fördern Sie, die Stadtverordneten und der Bürgermeister, staatliches brandenburger und ihr kommunales lübbener Unrecht, insbesondere die Verhaftung meiner Person als Unschuldigen, im Auftrag ihrer kriminellen Stadtwerke?

2. Wie würden Sie sich fühlen wenn Sie mit grundrechtswidrigen SED-BRD Gerichtsmaßnahmen auf Basis von Stadt-Lügen, Urkundenfälschungen und Betrug einer kommunalen Einrichtung sowie Rechtsbeugung um ein Jahresgeldeinkommen gebracht würden und unrechtens 40 Tage in Haft genommen würden?

3. Warum schützen Sie den kriminellen Abschaum aus ihren Stadtwerken Lübben und der Justiz?

4. Warum haben Ihre lügenden Stadtwerker immer noch nicht den Bericht zur Trinkwasserbeschaffenheit 2016 vorgelegt?

5. Warum lassen sich die Stadtverordneten vom linksroten-Sozialisten Peter Rogalla den Mund verbieten? Sind Sie Feiglinge?
(15.12.2016 http://budich.org/luebbens/sv161124.htm)

6. Wie rechtfertigen Sie ihr Verhalten aus moralischer Denkweise?

Ihre Stellungnahme sollte auch schriftlich oder in Textform erfolgen.

Anlage mit Folge-Mail: dieses Schreiben als PDF-Datei.

--
Mit freundlichen Gruessen Dipl.-Ing.(FH) Thomas Budich
Spreestr.38 15907 Lübben Journalist www.budich.org

CC: bund.brandenburg@bund.net; chefredaktion@moz.de; Henning.Kraudzun@moz.de; info@bild.de; kontakt@MAZonline.de;

leser-blz@dumont.de; leserbrief@morgenpost.de; leserbriefe@spiegel.de; leserpost@pnn.de

Von: Th Budich
An: buergermeister@luebben.de; sandy.poetschick@luebben.de; SVV-Lübben; zosel@stadtwerke-luebben.de
Datum: Do, 23. Mär 2017 10.21 Uhr
Betreff: unrichtiges+verleumdendes Protokoll zum StVV Termin 23.02.2017 SVV-Lübben

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie von ihnen nicht anders zu erwarten war ist das Protokoll zur StVV am 23.02.2017 bzgl. meines Vorbringens unrichtig und verleumdend.
<http://www.budich.org/www/orte/luebben/1048prt.pdf>

*
Insbesondere _lügt die Stadtverwaltung bzw. der Linke Peter Rogalla_ mit Zeile 90:*
"Herr Budich beginnt seinen Redebeitrag beleidigend und verleumdend."

Von solchen "Rotgardisten" kann man nichts Anständiges erwarten.

_Vermutlich meinen Sie meine folgende wahre Äußerung die ihnen nicht genehm ist:
<http://budich.org/luebbens/budich-stv-201702.pdf>
<http://budich.org/_pptwitter/twi17002.shtml>

Tatsächlich gefällt ihnen und ihren illegal+unmoralisch handelnden (Stadt ist Schuldner und Stadtwerke sind kriminell) meine begründete und sachliche Kritik und die Wahrheit nicht:
zu Laubenstr.<http://budich.org/pressebu/p27widmg.htm>
bzgl. Abwasser<http://www.budich.org/luebbens/feldabwa.htm>
ihre SÜW-Betrüger<http://budich.org/dossier1/wastlbn3.shtml>

Ich erwarte (in Abstimmung) eine Gegendarstellung meinerseits dort anzubringen (das Recht dazu steht mir zu).

Ich setze Ihnen dazu eine Frist bis zum 28.03.2017 14 Uhr.

Einige von den sogenannten Stadtverordneten erfreuten sich sogar daran das ich als Unschuldiger im Auftrag ihrer kriminellen Stadtwerk-Geschäftsleitung, und im Schutze des lügenden Lars Kolan "SPD", verhaftet wurde und werden soll.

Desweiteren ist die Niederschrift unvollständig, bspw. was die illegale Videoaufnahme durch ihren Kader Sabine Minetzke betrifft.
<http://budich.org/dossier1/spitzelc.htmx>

--
Mit freundlichen Gruessen Dipl.-Ing.(FH) Thomas Budich
Spreestr.38 15907 Lübben Journalist www.budich.org

CC: bund.brandenburg@bund.net; chefredaktion@moz.de; Henning.Kraudzun@moz.de; info@bild.de; kontakt@MAZonline.de; leser-blz@dumont.de; leserbrief@morgenpost.de; leserbriefe@spiegel.de; leserpost@pnn.de

der Sanierung wurde eine Verringerung der Bauwerkshöhe um 20 Zentimeter auf sechs Prozent Neigung vorgenommen, um die Brücke für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen flacher zu gestalten. In die Baumaßnahmen wurden rund 400 000 Euro investiert. Davon sind zwei Drittel Fördermittel aus dem Programm „Aktive Stadtzentren“.

Neues TSF-W für Radensdorf

Über ein neues Einsatzfahrzeug konnten sich die Kameraden der Feuerwehr Radensdorf am 12.11.2016 freuen. Das sogenannte „TSF-W auf MAN-TGL 8.180“ verfügt über einen Aufbau der Firma Ziegler, hat insgesamt rund 130.000 € gekostet und wurde am 12.11.2016 seiner Bestimmung übergeben. Die Anschaffung des Fahrzeugs erfolgte zur Hälfte aus Mitteln des Landes Brandenburg.

Volkstrauertag

Am 13.11.2016, dem Volkstrauertag, nahm ich am Morgen an der gemeinsamen Feierstunde der Kreisgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und des Landrates des Landkreises Dahme- Spreewald auf dem Waldfriedhof in Halbe teil. Gemeinsam mit Vertretern des Landkreises und des Kreistages gedachten wir der Toten und Vermissten der beiden Weltkriege.
Bei der Feierstunde der Stadt Lübben (Spreewald), die sodann um 14:00 Uhr am Ehrenmal in Treppendorf stattfand, legte ich gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Peter Rogalla, und den Ortsvorstehern der Ortsteile Treppendorf und Neuendorf, Herrn Krüger und Herrn Schade, einen Kranz und Blumen im Gedenken der Opfer der Stadt Lübben (Spreewald) nieder. Eine weitere Feierstunde hielt der Ortsbeirat des Ortsteils Radensdorf ab.

Aquamediale 2017

Am 17.11.2016 war ich Gast der Pressekonferenz des Landrats, Herrn Stephan Loge, aus Anlass der Vorstellung des neuen Kurators, Herrn Harald Larisch, und des Programms der aquamediale 2017. Erfreulich hierbei war, dass die aquamediale zu ihren Wurzeln zurück findet und ihre Kunstwerke wieder ausschließlich entlang der Lübbener Fließe rund um die Schlossinsel präsentieren wird. Eine Nachricht, die ich im Namen der Stadt Lübben mit großer Freude aufgenommen habe. Die aquamediale wird in der Zeit vom 03.06. – 24.09.2017 stattfinden.

Vorlesetag

Am 18.11.2016 fand der bundesweite Vorlesetag stat. Auch in Lübben lasen viele Lesepaten Kindergarten- und Schulkindern aus ausgewählten Geschichten vor. Bundesweit lasen mehr als 130 000 Leser mehr als 2 Millionen Kindern vor. Ich war Gast der Klasse 4a in der in der Friedrich-Ludwig-Jahn-Grundschule. Die Geschichten der beiden Bahnhofstauben Pommes und Billy kamen sehr gut bei den Kindern an.

Kulturlandschaftskonferenz in Schlepzig

Am Freitag, den 18. November, lud Brandenburgs Umweltminister Jörg Vogelsänger nach Schlepzig zur „Kulturlandschaftskonferenz Spreewald“ ein. Eingeladen waren Landräte, Bürgermeister, Amtsdirektoren, Fachbehörden der Landkreise für Wasser, Naturschutz, Abfall, Landwirtschaft sowie Verbände aus Landwirtschaft, Tourismus, Naturschutz, Wasser- und Bodenverbände und Abgeordnete der Spreewaldregion.
Über einige Maßnahmen, die durch das Land initiiert wurden und werden, sowie deren Ergebnisse und weitere Vorhaben informierte der Minister. Themen der Konferenz waren die Gewässerunterhaltung im Spreewald, Investitionsmaßnahmen in der Region, Biber im Spreewald oder die Förderung nach der „Richtlinie über die Gewährung von Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile zugunsten von Landwirten im benachteiligten Gebiet Spreewald“. Im Ergebnis der Sitzung kann festgestellt werden, dass sich das Land in den nächsten Jahren ganz intensiv bzw. kostenintensiv für den Erhalt unserer Kulturlandschaft einsetzen will. Zu erwähnen ist hier ganz besonders das Bekenntnis, die Entschlammung des Spreewaldes nach den zuletzt erfolgten Pilotverfahren zum Aussprühen weiter zu verfolgen. In Unter- und Oberspreewald sind diverse Fließe ausgewählt worden, so die Quaasspree, der Laubengraben, der Krügerstrom oder die Pfahlspree im Oberspreewald oder der Dorotheengraben, der Bürgergraben und der Storchgraben im Unterspreewald. Der Gesamtumfang der Maßnahmen kann auf der Internetseite des Ministeriums aufgerufen werden.

Treffen des Vereinsringes

Ich habe alle interessierten Mitglieder der Vereine der Stadt zum 6. Vereinsring am Dienstag, dem 6. Dezember, um 18:00 Uhr in das Vereinsgebäude des Ortsteils Radensdorf (hinter der Feuerwehr) eingeladen. Ich möchte an diesem Abend mit den Vereinen einige geplante Veranstaltungen des kommenden Jahres besprechen und abstimmen, so den Trachtentag und das 40. Spreewaldfest unserer Stadt sowie über aktuelle Geschehen in Lübben und einen in Planung befindlichen Empfang für ehrenamtlich Tätige in unserer Stadt informieren.

Sonstiges:

Eine enttäuschende Nachricht erhielten wir in dieser Woche vom Spreewaldverein. Die von uns beim LEADER-Regionalbeirat angemeldeten Investitionsvorhaben „Ersatzneubau Kita Waldhaus“ (beantragte Zuwendung: rd. 1.652.000 €) und die Brücke über die Spree bei Lehnigksberg (beantragte Zuwendung: rd. 412.000,00 €) wurden zwar ausreichend bepunktet, sie wurden aber nicht unter den zu fördernden Investitionen der Spreewaldregion berücksichtigt.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Kita nur knapp an den mit insgesamt 3,5 Mio. € bezuschussten Projekten vorbei platziert wurde, möchte ich den Stadtverordneten vorschlagen, das nächste Projektauswahlverfahren im März 2017 abzuwarten. Die Aussicht auf eine 75%ige Förderung rechtfertigt meines Erachtens den dadurch entstehenden Verzug bei der Schaffung weiterer Kitaplätze. Ich bitte die Fraktionen, sich diesbezüglich noch in diesem Jahr zu äußern. Auch den Radweg werden wir erneut anmelden.

Personal:

In der vergangenen Woche fanden die Auswahlgespräche für die Stelle der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit unserer Kreisstadt Lübben statt. Unter den insgesamt fast 30 Bewerbern habe ich mich für Frau Dörthe Ziemer entschieden, die die Nachfolge von Hannelore Tarnow antreten wird. Frau Ziemer wird ihren Dienst voraussichtlich am 01.01.2017 aufnehmen. Sie hat in Luckau Abitur gemacht, war bisher selbständige Journalistin und hat Slawistik und Russistik studiert. Sie arbeitete bereits als Redakteurin bei den Zeitungen „20cent“ und Lausitzer Rundschau. Ein von ihr geschriebener und bebilderter Bildband über den Spreewald belegt ihre Kenntnis über unsere Region. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Bezüglich der Besetzung der Stelle des Fachbereichsleiters Ordnung und Sicherheit kann ich mitteilen, dass es nach der Verlängerung der Bewerbungsfrist bis zum 13.11.2016 weitere Bewerbungen gegeben hat, die darauf hoffen lassen, dass die Stelle schon in Kürze mit einem geeigneten Bewerber besetzt werden kann. Es sind weitere Vorstellungsgespräche terminiert. Wir stellen den Stadtverordneten frei, an diesen teilzunehmen. Frau Britze wird über die Termine informieren.

Sachstandsbericht zur TKS

Am 28.04.16 ist der Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung an die TKS und ihre Gesellschafter zur Neustrukturierung von Gesellschafterkreis, Aufgabenzuschnitt und Zuführung öffentlicher Zuschüsse der Stadt Lübben (Spreewald) wegen der Neuordnung kommunaler Marketingaufgaben erfolgt.

Über das Projekt „Organisationsberatung für die Tourismus, Kultur und Stadtmarketing Lübben (Spreewald) GmbH (TKS) – Statusprüfung und Empfehlungen“ (2016) wurden bereits tourismusfachliche Optimierungsfelder innerhalb der TKS identifiziert, mögliche Varianten für die künftige Neugestaltung aufgezeigt und umfangreiche Empfehlungen im Zusammenspiel mit der juristischen Perspektive abgegeben.

Im nächsten Schritt galt es, die skizzierten Empfehlungen weiterzudenken, detailliert zu planen und praktisch umzusetzen. Andererseits darf die geplante neue Lübben Tourismus Marketing (LTM) nicht als Organisation im „luftleeren Raum“ schweben. Für die Arbeit der neuen LTM benötigt sie sowie der Tourismusstandort Lübben (Spreewald) eine strategische Grundlage.

Mit dem in Auftrag gegebenen Organisations- und Entwicklungskonzept Lübben (Spreewald) werden eine erste Analyse, Ziele und Strategien sowie erste Projektansätze und Maßnahmenvorschläge mit dem Ziel erarbeitet, die Stadt Lübben (Spreewald) als Freizeit- und Erholungsstandort zu stärken und damit die Standortqualität und -attraktivität insgesamt zu fördern.

Seit 28.07.2016 ist die TKS mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mit der Erbringung von Dienstleitungen von allgemeinem Interesse betraut. Die diesbezügliche satzungsrechtliche Umsetzung erfolgte am 22.09.2016 mit Änderung des Gesellschaftsvertrages durch Einfügung einer Präambel vor § 1 und in § 2 (Gegenstand des Unternehmens) unter Ziff. 5 des Gesellschaftsvertrages.

Mit Vertretern des Vorstands des Tourismusvereins Lübben (Spreewald) und Umgebung e.V. sind in den vergangenen Wochen erste Konkretisierungsgespräche über einen Anteilserwerb oder einen Ausstieg des Vereins durch Einziehung der Anteile des Vereins an der TKS Lübben (Spreewald) GmbH., insbesondere am 22.09.2016, geführt worden.

Am 27.10.2016 ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung an TKS und ihre Gesellschafter zur Übernahme der bislang an die TKS übertragenen Betriebsführung des Stadt- und Regionalmuseums der Stadt Lübben (Spreewald), der städtischen Bibliothek sowie der zur Nutzung und Bewirtschaftung durch die TKS überlassenen Objekte in die Kernverwaltung der Stadt Lübben (Spreewald) erfolgt.

Am 03.11.2016 fand eine Informationsveranstaltung mit dem Geschäftsführer der TKS und dem Betriebsrat der TKS statt mit den Inhalten:

- Grundlagen zum Organisations- und Entwicklungskonzept für den Freizeit- und Erholungsstandort Lübben (Spreewald),
- Ziele und Konsequenzen für Stadt-/Standort-/Tourismus- und Marketingorganisationen,
- Zukunft der TKS Strategische Konzeption 2017+/Aufgaben und Personal.

In fortgeführter und näherer Umsetzung der vorgenannten Beschlüsse vom 28.04.2016 und 27.10.2016 sind die Beschlussvorlagen für den Umbau der Gesellschaft zur Beschlussfassung im Monat Dezember vorbereitet und werden in der kommenden Woche versendet.
Eine detaillierte Übersicht mit den künftigen Terminen und Inhalten zur Neuordnung kommunaler Marketingaufgaben insbesondere zur Umformung der Tourismus, Kultur und Stadtmarketing Lübben (Spreewald) GmbH (TKS) wurde den Fraktionsvorsitzenden in der 46. KW übersendet und liegt Ihnen heute in aktualisierter Version vor.

Weihnachtsbaum im Rathaus
Am 23.11.2016 wurde es in unserem Rathaus erstmals weihnachtlich. Gemeinsam mit den Kindern der Vorschulgruppe der Evangelischen Kindertagesstätte „Regenbogen“ konnte ich den Weihnachtsbaum im Eingangsbereich schmücken. Sie konnten sich beim Hereinkommen sicher schon von der Schönheit des gebastelten Weihnachtsbaumschmuckes selbst überzeugen.

Weihnachtsmarkt 2016
Weihnachten ist das Stichwort! Ich darf Sie darauf hinweisen und ganz herzlich auch einladen. Am kommenden Wochenende, dem ersten Adventswochenende, findet auf dem Marktplatz der Lübbener Weihnachtsmarkt statt.
Die Koproduktion von Gewerbeverein, TKS und Stadt Lübben (Spreewald) wird sicher den einen oder anderen Gedanken an die weihnachtliche Ruhe entstehen lassen. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Bummeln. Mein Dank gilt ganz besonders den Gewerbetreibenden, die sich in diesem Jahr ganz intensiv in die Beratungen, die Umsetzung und die Finanzierung des Programms eingebracht haben.

Vielen Dank.“

TOP 5 – Anfragen zum Bericht des Bürgermeisters

Es gibt keine Anfragen.

TOP 6 – Bericht des Baubetriebshofleiters zur Arbeit des Baubetriebshofes

Die Präsentation des Herrn Stolpe kann unter folgendem Link eingesehen werden:
http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/992.pdf
Er bietet jedem Stadtverordneten an, der Interesse bzw. Fragen hat bei ihm vorbeizukommen.

Herr J. Richter möchte wissen, welche Gründe es für die sinkende Zahl der Mitarbeiter gibt.

Herr Stolpe sagt, bei der Ersatzbeschaffung der Technik darauf geachtet wird, die Effektivität zu steigern, d. h. die Arbeitsmittel werden direkt auf die Aufgaben zugeschnitten. Dazu ist eine klare Aufgabendefinition notwendig. Außerdem konnten mit der Einführung des Limes-Programmes Freiräume erkannt und die Arbeiten zum Teil umorganisiert werden.

Herr Selbitz kommt. Es sind 22 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

Herr B. Kaiser hinterfragt, ob es Aufgabe des Baubetriebshofes sein sollte, Brücken zu bauen, Ufer zu befestigen bzw. instand zu halten. Die eigentliche Sanierung einer Brücke wurde im Laufe der Arbeiten zu einem Neubau. Andere Mitkonkurrenten waren darüber nicht sehr erfreut.
Er möchte wissen, ob es beim Baubetriebshof eine Kosten-/Leistungsrechnung bzw. internes Controlling gibt, um die Stadtverordneten z. B. über die Kosten der Rasenpflege (pro m²) in Lübben informieren zu können.

Herr Rieger bittet um Informationen hinsichtlich der Qualifikationen der Mitarbeiter.

Herr Stolpe sagt, dass der Bau der Brücke nicht geplant war. Er ergab sich aus der Sanierung. Am Ende hat die Verwaltung entschieden, dass die Maßnahme vom Baubetriebshof durchgeführt wird. Er macht deutlich, dass dies eine Ausnahme war. Die Uferbefestigung war vom Leistungsspektrum her nicht ausschreibungsrelevant gewesen.
Hinsichtlich der Kosten-/Leistungsrechnung sagt er, dass das Programm LIMES seit 2005 benutzt wird. Er erklärt, dass bezüglich einzelner Objekte Kosten benannt werden könnten. In Lübben gibt es

jedoch kein Grünflächenkataster. Des Weiteren ist sein Bereich nicht für alles, was in der Stadt grün ist, zuständig. Es werden lediglich Aufgaben für andere Bereiche (Liegenschaften, Tiefbau, Gebäudemanagement) erledigt.
Zur Qualifizierung teilt er mit, dass u. a. eine Ingenieurin für Gartenbau, ein Gartenbaumeister, ein Schlossermeister, ein Tischlermeister, zwei Elektriker mit Sachkunde beschäftigt werden. Drei Kollegen haben den Sachkundenachweis für Baumpflege. Er selbst ist Elektroingenieur. Das Durchschnittsalter beträgt 49,3 Jahre.

Herr Weidemanns hinterfragt, ob beim Brückenbau davon ausgegangen werden kann, dass während der Maßnahme festgestellt wurde, die Bauarbeiten selber zu machen, weil es der schnellere Weg war als auszuschreiben.

Dies bestätigt Herr Stolpe.

Herr Weidemanns kann dies nachvollziehen. Eine Vergabe hätte zu lange gedauert, zumal der Weg sehr wichtig ist. Er erbittet eine schriftliche Aufstellung zur Qualifikation der Mitarbeiter.

Herr J. Richter stellt fest, dass im Stadtbild keine Dreckecken zu finden sind. Die Gäste loben dies sehr. Verglichen mit anderen Städten ist das Niveau sehr gut.
Er regt dennoch an, eventuell einzelne Maßnahmen zu hinterfragen. Als Beispiel führt er an, dass lt. Vortrag alle zwei Wochen der Schulhof mit der Kehrmaschine gereinigt wird. Vielleicht reichen größere Zeiträume bei bestimmten Dingen auch aus. Bei den Ausschreibungen hat sich schon gezeigt, dass es schwer ist geeignetes Personal zu finden. Er ermutigt Herrn Stolpe die Mitarbeiter regelmäßig zu qualifizieren. So könnten Einzelne dies als Sprungbrett nutzen.
Er dankt für die Anmerkung zu den Unterhaltungskosten. Er stellt klar, dass die Fraktion CDU/Grüne schon immer Nachfragen in diese Richtung stellt, um Informationen zu bekommen. Er macht den Vorschlag, dass durch die Verwaltung bereits bei der Erstellung der Vorlagen darauf geachtet wird.

Herr Kindler möchte wissen, wie viele Mitarbeiter in der Feuerwehr aktiv sind und ob dies bei der Einstellung eine Rolle spielt.

Herr Stolpe antwortet, dass es drei sind. Bei Bewerbungen spielt es nur eine Rolle, wenn die Qualifikationen gleichwertig sind.

TOP 7 – Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadtentwässerung Lübben (Spreewald) für die Jahre 2017 – 2021; Vorlage 2016/095; Gast: DWG Planung und Beratung GmbH, Herr Kölling

Die Präsentation des Herrn Kölling kann unter folgendem Link eingesehen werden:
http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/2016_095.pdf

Herr Schneider fragt, ob es schon Vorstellungen bzgl. des Baus der Hauptdruckleitung gibt.

Herr Kölling sagt, dass es Vorstellungen gibt und Variantenuntersuchungen vorhanden sind. Zu beachten ist, dass während des Ersatzneubaus die alte Leitung weiter in Betrieb bleiben muss. Es gibt Zwangspunkte (Grundstückseigentumsverhältnisse) und mehrere Gewässerquerungen. Vorgesehen ist, dass der Bau mit anderen Maßnahmen zu koppeln (z. B. Straßenbau). Konkrete Planungen gibt es noch nicht.

Herr Rogalla lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald) beschließt das fortgeschriebene Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Lübben (Spreewald) für die Jahre 2017-2021.

TOP 8 – Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald); Vorlage 2016/099

Frau Britze führt ein, dass der Entwurf der Geschäftsordnung seit einigen Wochen vorliegt. Während der letzten Sitzung wurde signalisiert, dass Beschlussreife vorliegt. Mit der Einladung zur heutigen Sitzung wurde eine leicht überarbeitete Fassung ausgegeben. Im § 1 Abs. 1 wurde der zweite Satz gestrichen. Im § 11 Abs. 6 wurde ein generelles Rederecht für Gäste, die zu einzelnen Tagesord-

nungspunkten geladen sind, aufgenommen. Im § 13 Abs. 3 ist geregelt, dass die Dauer der Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich fünf Stunden nicht überschreiten soll. Zusätzlich aufgenommen wurde, dass die Sitzung spätestens 22:00 Uhr enden soll.

Zusätzlich sind einige Anmerkungen eingegangen. Der Ortsvorsteher von Steinkirchen bittet darum, dass den Ortsvorstehern das Rederecht bei Vorlagen, die den Ortsteil betreffen, eingeräumt wird. Frau Britze erklärt, dass eine Aufnahme in die Geschäftsordnung nicht notwendig ist, weil es dazu eine Regelung in der Kommunalverfassung gibt.

Heute erreichten die Verwaltung die Änderungsanträge der CDU/Grüne-Fraktion. Diese wurden vor der Sitzung allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt. Zu den vorgeschlagenen Änderungen merkt sie folgendes an:

Unter 1. soll die Frist zur Einreichung von Anfragen auf sieben Tage verkürzt werden. Sie hält die alte Regelung für effektiver, weil sich manchmal aus einer Anfrage ein Thema für die Stadtverordnetenversammlung ergibt, welches auf die Tagesordnung gesetzt werden müsste. Da die Frist für die Versendung der Tagesordnung mit einer 7-Tages-Frist versehen ist, könnte das Thema der Anfrage nicht auf die Tagesordnung des laufenden Monats gesetzt werden. Aus diesem Grund sollte die Frist für Anfragen länger sein als die Ladungsfrist.

Zu 2. empfiehlt sie unter e) die Formulierung *Bericht/Informationen des Bürgermeisters.* Der Punkt (f) ist legitim und wird derzeit schon immer aufgenommen. Problematisch sieht sie die Punkte (i) und (m) *Verschiedenes*. Dies verstößt gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit, welcher in der Kommunalverfassung normiert ist. Die Formulierung *Verschiedenes* reicht nicht aus, weil sie zu unkonkret ist. Der Bürger/Stadtverordnete kann nicht erkennen, was unter diesem Punkt beraten wird. Es ist zwingend erforderlich, dass dieser Punkt durch Untertitel konkretisiert wird.

Zu 3. sagt sie, dass vorgeschlagen wird, die Redezeit in den Ausschüssen auf 5 Minuten zu begrenzen. Frau Britze hält eine Redezeitbegrenzung in der Stadtverordnetenversammlung für gerechtfertigt. Die Fachausschüsse sollen dazu dienen bestimmte Projekte zu entwickeln bzw. zu diskutieren. Eine Begrenzung der Redezeit sieht sie als nicht zielführend an.

Der 4. Vorschlag sieht vor, alle Beschlussvorlagen im Hauptausschuss zu beraten. Sie erklärt, dass dies bereits in der Vergangenheit einmal praktiziert wurde. Es wurde wieder abgeschafft, weil es die Sitzungen des Hauptausschusses an manchen Stellen ungerechtfertigt verlängert hatte. Sollte der Bedarf dennoch gesehen werden, ist es legitim, die Änderung vorzunehmen.

Herr B. Kaiser hat in seiner Tätigkeit nie erlebt, dass aus einer Anfrage einmal ein Tagesordnungspunkt für die Sitzung wurde. Der Fraktion geht es darum, dass die Anfragen möglichst schnell beantwortet werden. Zu 2. sagt er, das *Verschiedenes* auch auf Tagesordnungen anderer Verwaltungen (z. B. Landkreis Dahme-Spreewald) zu finden ist. Dort gibt es keine Probleme mit dieser Bezeichnung. Die Fraktion möchte den Punkt, damit bei Anfragen der Bürgermeister nicht Gutachten vorträgt o.ä. Dies könnte er dann z. B. unter *Verschiedenes* machen. Zur Begrenzung der Redezeit führt er aus, dass die Stadtverordneten selbst überlegen können, wie im Ausschuss jeder damit umgeht. Die Fachausschussvorsitzenden sind seiner Ansicht nach immer sehr großzügig. Jedoch grundsätzlich die Redezeit nicht zu begrenzen, hält er für grenzwertig. Für einen zügigen und geordneten Sitzungsablauf bei den aktuellen Problemen sollte auf die Redezeit geachtet werden.

Dass alle Beschlussvorlagen im Hauptausschuss beraten werden sollen, begründet er damit, dass der Haupausschuss ein beschließender Ausschuss ist. Kommunalrechtlich ist er ein besonderer Ausschuss. Er denkt, dass es sich in der Vergangenheit schon positiv war, dass manche Beschlussvorlagen, die eigentlich nicht für den Ausschuss bestimmt waren, dort beraten wurden. Oft gab es andere Impulse, die vorher im Fachausschuss nicht angesprochen wurden, die dann eingeflossen sind.

Herr Kolan beantragt eine Auszeit, damit die Fraktionen sich zu den Änderungsanträgen abstimmen können, da diese sehr kurzfristig eingereicht wurden.

Herr J. Richter stellt den Antrag die Beschlussfassung in den Dezember zu vertagen.

Herr Rogalla lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sprechen sich mehrheitlich dafür aus.

TOP 9 – Tourismusbeitragssatzung; Vorlage 2016/083a

Herr Stöbe fragt sich, wo man beim Tourismusbeitrag steht, sowohl beim ob als auch beim wie. Die Ausgaben für den Tourismus sind klar dargestellt und unbestritten. Den Satzungsentwurf in der jetzigen Form versteht seiner Ansicht nach kaum jemand. In dieser Woche gab es anonyme Schreiben, was es bisher noch nie gab. Stadtverordnete, die eine andere Meinung hatten, wurden beschimpft. Im Internet haben Stadtverordnete über andere Stadtverordnete gelästert. Selbst bei einer öffentlichen

Aussprache wurden fremdenfeindliche Andeutungen gemacht. Dieses Niveau der Diskussion gab es seiner Ansicht nach noch nie. Für ihn ist das schwer zu ertragen. Er stellt die Frage in den Raum, ob es Alternativen gibt. Er macht deutlich, dass bisher keine Vorschläge gemacht wurden. Er erklärt, dass es in dieser Woche eine Vorstandssitzung des Tourismusvereins Lübben und Umgebung gab. In dieser Sitzung einigte man sich darauf, dass man nicht gegen den Entwurf dieser Satzung ist. Begeisterung hat sie jedoch auch nicht hervorgerufen. Aus Reihen der Mitglieder gab es den Vorschlag, dass die einzunehmenden Gelder in Höhe von 150.000 Euro auf alle Gewerbetreibenden gleichermaßen aufgeteilt werden. Bei 1 500 Beteiligten wären es für jeden einzelnen 100 Euro. Er wurde deshalb gebeten, den Vorschlag einer Festbetragssatzung zu übermitteln, wonach jeder 100 Euro bezahlt, die Touristiker, Großmärkte und große Betriebe etwas mehr. Dies hätte den Vorteil, dass dies allen verständlich ist und in dieser Form viel geringere Verwaltungskosten verursacht. Abschließend sagt er, dass 100 Euro nicht zu zahlen, kein Standortvorteil ist. Aber 150.000 Euro zur Verfügung zu haben ist ein Standortvorteil.

Herr Kolan fasst zusammen, dass die Diskussion um die Tourismusabgabe ein Dauerbrenner ist. Er stellt fest, dass es sehr viele Informationsveranstaltungen gab. Diskussionen wurden auch an vielen anderen Stellen geführt. Herr Kolan widerspricht Herrn Stöbe dahingehend, dass die Satzung von sehr vielen Bürgern verstanden wurde und diese auch in der Lage waren, den Beitrag auszurechnen. Momentan liegt die Beschlussvorlage 2016/083a vor, welche die Änderungen enthält, die in einer sehr sachlichen Diskussion im Finanzausschuss vorgetragen wurden (Einarbeitung von Härtefallregelung und Staffelung des Hebesatzes, Bevorzugung der Freiberufler wurde herausgenommen). Zur Notwendigkeit der Einführung wurden seiner Meinung nach alle Argumente ausgetauscht. In der letzten Bürgerversammlung hatte er den Eindruck, dass Einsicht vorhanden war. Aus der Sitzung hat er nicht die extreme Gegenwehr wie im März 2016 wahrgenommen.

Herr J. Richter stimmt Herrn Kolan bezüglich der Sitzung am letzten Montag zu. Die Diskussion war sachlich, abgesehen von ein paar Einzelbeiträgen. Er sagt, dass die CDU/Grüne-Fraktion sich auf halbem Wege befindet. Wichtig war immer die Frage, wofür das Geld verwandt wird. Tendenziell gibt es momentan in der Fraktion keine Mehrheit für die Satzung.

Herr S. Richter fragt, ob die von Herrn Stöbe dargestellte vereinfachte Form rechtlich möglich ist.

Herr Kolan kann dazu keine Aussage machen. Es müsste geprüft werden. Den Entwurf würde jedoch nicht die Verwaltung einbringen. Für die Vermittlung einer solchen Vorgehensweise nach außen sind dann die Stadtverordneten verantwortlich. Herr Kolan hält den vorliegenden Satzungsentwurf für gerecht, da er den jeweiligen Vorteil berücksichtigt.

Herr Schneider erinnert daran, dass das letzte Mail das Thema Abwasser die Stadtverordneten gespalten hat. Er schätzt den Einsatz des Herrn Stöbe. Den Umgang miteinander kritisiert Herr Schneider ebenso wie Herr Stöbe. Nicht akzeptabel sind persönliche Angriffe. Eine demokratisch getroffene Entscheidung sollte akzeptiert werden. Die anonyme Mail von Gewerbetreibenden hat er heute gelesen. Einige Argumente sind gut und nachvollziehbar. Wünschenswert wäre gewesen, wenn die Mail einen Absender gehabt hätte, damit man mit den Personen ins Gespräch kommen kann.
Ebenso wie beim Abwasser sollten bei der Tourismusabgabe alle beteiligt werden und nicht nur eine bestimmte Gruppe. Er denkt, dass es die Summe nicht wert ist, die Stadtverordneten zu spalten. Jeder Bürger nutzt z. B. die Radwege und Brücken. Er kann nicht nachvollziehen, warum nur der Gewerbetreibende dafür einen Obolus zahlen soll. Er teilt mit, dass in einer gestrigen Beratung von einem Stadtverordneten gesagt wurde, dass Lübben kein Einnahmeproblem, sondern eine Ausgabeproblem hat. Darüber sollte diskutiert werden. Er wirbt dafür, keine zusätzliche Abgabe einzuführen. Dies wäre dann ein Herausstellungsmerkmal für Lübben, um sich von Lübbenau und Burg abzugrenzen. Er plädiert dafür, heute eine Entscheidung zu treffen. Da es für ihn eine historische Entscheidung ist, eine zusätzliche Abgabe einführen zu wollen, beantragt er im Namen der Fraktion die namentliche Abstimmung.

Herr B. Kaiser sagt, dass bei aller Diskrepanz in Sachentscheidungen eine gute Stimmung innerhalb der Stadtverordnetenversammlung herrscht. Was aber alles bei dem Thema Tourismusabgabe auf der Straße und in den sozialen Netzwerken gesprochen wurde, kann einen faden Nachgeschmack haben. Er spricht sich dafür aus, dass man dies als sachliche Entscheidung betrachtet und im Nachgang auf Sachebene weiter zusammenarbeitet. Die persönliche Ebene sollte nicht im Vordergrund stehen.

Herr Kolan hebt die rechtlichen Aspekte hervor. Es gibt eine Rangfolge bei den Einnahmen einer Kommune, welche im Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg geregelt ist. Danach heißt

es: Abgaben vor Steuern und Steuern vor Krediten. Die Sonderabgabe belastet diejenigen, die von den Leistungen der Stadt einen Vorteil haben. Aus diesem Grund wurde der Satzungsentwurf zur Diskussion gestellt.

Herr Stöbe macht nochmals deutlich, dass es sich um einen Vorschlag des Tourismusvereins handelt und als Handlungsauftrag für die Fraktionen zu verstehen ist.

Herr J. Richter fragt sich, was mit einer namentlichen Abstimmung bewirkt werden soll. Er denkt, dass es in der Zukunft niemanden interessiert, welcher Stadtverordnete wie abgestimmt hat. Es sollte an dieser Stelle angefangen werden, sachlich miteinander umzugehen. Er macht deutlich, dass es sehr viele Personen gab, die es eingesehen haben und nachvollziehen konnten, diese Abgabe zahlen zu müssen. Einige Gewerbetreibenden haben Gegenargumente vorgetragen, die auch er nachvollziehen konnte.

Herr Rogalla lässt über die Vorlage abstimmen. Er ruft dazu jeden Stadtverordneten einzeln auf.

Name	dafür	dagegen	Enthaltung
Kolan, Lars	x		
Beck, Wolfram		x	
Brose, Detlef		x	
Bruse, Paul		x	
Kaiser, Benjamin		x	
Kaiser, Thomas		x	
Kindler, Christoph	x		
Krüger, Reinharde	x		
Kunze, Martin – e	-	-	-
Lange, Bork			x
Minetzke, Sabine		x	
Mogschan, Dietmar		x	
Piesker, Günter		x	
Richter, Jens	x		
Richter, Sven	x		
Rieger, Andreas			x
Rogalla, Peter		x	
Schneider, Peter		x	
Dr. Schönfelder, Inis		x	
Selbitz, Frank	x		
Sell, Marco			x
Stöbe, Olaf	x		
Weidemanns, Thomas		x	
gesamt	7	12	3

Der Beschluss wird mehrheitlich bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

TOP 10 – Gewinnverwendung des Jahres 2015 der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben sowie Ausschüttung an den Gesellschafter Stadt Lübben (Spreewald); Vorlage 2016/100

Herr Kolan teilt mit, dass die Höhe der Ausschüttung, welche im Beschlussvorschlag steht, einer Nettoausschüttung in Höhe von 275.000 Euro entspricht. Dieser Betrag wurde als Einnahme im Haushalt 2016 aufgenommen. Er macht deutlich, dass die Gesellschaft in der Lage ist, diesen Betrag zu zahlen.

Herr R. Krüger fragt, ob es Vorstellungen zur Verwendung der Gelder gibt.

Herr Kolan erklärt, dass diese Einnahme ein Teil der Gesamtfinanzierung des Haushaltes 2016 ist. Eine konkrete Ausgabe kann nicht benannt werden.

Herr B. Kaiser hinterfragt die Notwendigkeit der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung. Es ist klar geregelt, dass das Organ der Gesellschafterversammlung der Hauptverwaltungsbeamte ist. Er möchte wissen, warum Herr Kolan es als kein Geschäft der laufenden Verwaltung sieht. Er fragt, ob die Stadtverordneten in Zukunft auch über die Gewinnausschüttung der LWG beschließen können.

Herr Kolan sagt, dass er als Bürgermeister jederzeit die Stadtverordneten in die Beschlussfassung einbeziehen kann. Er begründet es an dieser Stelle damit, dass die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der SÜW eine andere Summe zur Ausschüttung vorgeschlagen und empfohlen hatten, welche dem Haushaltsansatz nicht entsprach. Die Fraktionen haben Stadtverordnete in den Aufsichtsrat entsandt, die diese Entscheidung getroffen haben. Um diese Diskrepanz zu heilen, hat er den Vorgang zur Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung vorlegt.

Herr Rogalla lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Beschluss wird einstimmig bei vier Stimmenthaltungen gefasst.

Beschluss: Der Bürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben aus dem Jahresergebnis 2015 eine Ausschüttung in Höhe von 326.700,32 Euro zu beschließen.

TOP 11 – B-Plan Nr. 22, Wohngebiet Brunnenstraße, Reduzierung des Geltungsbereiches und Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss; Vorlage 2016/093

Es gibt keine Anfragen oder Hinweise. Herr Rogalla lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Beschluss: 1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 „Wohngebiet Brunnenstraße“ der Stadt Lübben (Spreewald) wird um das Flurstück der ehemaligen Konservenfabrik in der Akazienstraße reduziert. Der Geltungsbereich ist in der Anlage rot umrandet räumlich dargestellt.
2. Der geänderte Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 22 „Wohngebiet Brunnenstraße“ der Stadt Lübben (Spreewald) und die zugehörige Begründung werden gebilligt und zur erneuten öffentlichen Auslegung beschlossen.

TOP 12 – Optionserklärung zur Inanspruchnahme der Übergangserklärung gem. § 27, Abs. 22, Satz 3 Umsatzsteuergesetz; Vorlage 2016/096

Herr Kolan sagt, dass mit der Optionserklärung erst einmal alles so belassen bleiben soll. Momentan fehlen noch die rechtlichen Grundlagen seitens des Bundesfinanzministeriums.

Herr Rogalla lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Beschluss: Der Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, gegenüber dem Finanzamt Königs Wusterhausen zu erklären, dass die Stadt Lübben (Spreewald) die Übergangsregelung gem. § 27 Abs. 22 Satz 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) in Anspruch nimmt und den § 2 Absatz 3 in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung weiterhin für sämtliche für nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 01. Januar 2021 ausgeführten Leistungen anwendet.

TOP 13 – Anfragen öffentlicher Art

Herr J. Richter möchte wissen, wie der Stand bzgl. der Stellungnahme der Stadt zur B 87 ist.

Herr Kolan teilt mit, dass eine Beschlussvorlage für die Beratungen im Dezember vorgesehen ist. Eine Fristverlängerung wurde der Stadt bis zum 16.12.2016 gewährt.

Herr J. Richter spricht die prekäre Parksituation am Bahnhof an. Es wurde einmal die Idee vorgetragen, auf der anderen Seite Parkflächen (mit Tunnel für die Fußgänger) zu schaffen. Er erkundigt sich nach dem Stand. Er hinterfragt, ob eine Analyse der Parksituation insgesamt erforderlich wäre.

Herr Kolan bestätigt, dass über das Förderprogramm Aktive Stadtzentren ein Projekt vorgesehen ist. Es wurden bereits Gespräche mit der BTU Cottbus geführt. Eine kurzfristige Änderung der Situation ist nicht möglich.

Herr Beck weist darauf hin, dass die Beleuchtung in den Stadtteilen zu sehr unterschiedlichen Zeiten angeht. Am heutigen Tage brannte beispielsweise gegen 11:00 Uhr in Groß-Lubolz das Licht.

Herr Stolpe antwortet, dass in Groß-Lubolz Wartungsarbeiten durchgeführt wurden. Dazu musste die Beleuchtung angeschaltet werden.

Herr Sell möchte wissen, wie weit das Rad- und Fußwegekonzept ist und welchen Stand das Konzept zum Hauptfriedhof hat.

Herr Kolan sagt, dass das Rad- und Fußwegekonzept im Dezember in Ausschuss und der Stadtverordnetenversammlung beraten und beschlossen werden soll.

Hinsichtlich des Hauptfriedhofes erklärt Herr Neumann, dass Gelder im Haushalt eingestellt wurden. Die Bearbeitung wurde momentan aufgrund der personellen Situation zurückgestellt.

TOP 14 – Verabschiedung von Mitarbeitern der Stadt Lübben (Spreewald)

Herr Rogalla und die Stadtverordneten verabschieden Frau Tarnow. Sie bedanken sich für ihre geleistete Arbeit und überreichen Präsente.

Frau Tarnow dankt für die lieben und netten Worte. Sie wünscht den Stadtverordneten für die Zukunft, dass sie immer die richtigen und besten Entscheidungen für die Stadt und die Bürger treffen.

Herr Rogalla teilt mit, dass auch Frau Schmogro sowie Herr Hoffmann zum Jahresende die Verwaltung verlassen.

Herr Rogalla stellt die Nichtöffentlichkeit um 20:20 Uhr her.

...

Von: Th Budich
An: info@spreewaldverein.de
Datum: So, 5. Aug 2018 19.24 Uhr
Betreff: Behörden-Intrigen zur Vertreibung Landwirt Groger, Erweiter.Biosphärenreservat Spreewald, btp36

An: Spreewaldverein

Von: Thomas Budich, Lübben
Journalist+Spreewälder

Sehr geehrte Frau Melanie Kossatz,
sehr geehrte Damen und Herren!

Vermutlich haben Sie schon etwas vom "Vorgang Groger" (wie es LDS+BRS/LfU-Behörden nennen) gehört oder gelesen.

Es geht dabei um die Schikane des Landwirtes Ulrich Groger um ihn von der legitimen Nutzung seines privaten+gepachteten landwirtschaftlichen Landes in Lübben-Süd abzubringen.

Damit soll erreicht werden private Landflächen im Bereich "Insel Kockrowsberg" entschädigungslos zu enteignen(also illegal) um die Kernzonenmängel der brandenburger Landesverwaltung auszugleichen.

Was die DDR-Stalin-Sozialisten nicht geschafft haben wollen nun die Links-SPD-Apparaturen im Grünen-Mantel erledigen.

Dazu denken sich folgende Amtspersonen über Jahre hinweg Intrigen und Lügen aus. Täter sind "Beamte" des sogenannten Biosphärenreservates (Nowak+Petschick), der Landesforstbehörde und unter Wissen des SPD Landrat S.Loge diverse Kader seiner "Umwelt"- und Landwirtschaftsämter.

einige markante Fakten:

- Denunziant-Zuträger Andre Schenke meldet "Beweidung an der Spree"

Wer kennt noch die Stasis und IKP/Zuträger?

- Intrigen–Hr.Thomas Roever macht sich eine Aufgaben-Notiz:
  LN-Steinkirchen "Fall Kroger"->Rinder=>Bußgeldverfahren
  ->Spreewaldkonferenz wegen Kernzonenerweiterungsproblematik

- Intrigen–Petschick-BRS an LDS UNB LELF-ZtP, Einladung 7.4.2017
  "behördeninterner Ortstermin ..ausgewählter Flächen"

- Intrigen–Oberförster Burkhard Nass denunziert an Röver
  das G. zu Insel Kockrowsberg Feldblöcke eingerichtet hat

- Finanzielle Sabotage des Herrn Groger durch "soziademokratische"
  Landkreisapparatur (Manfred Schuhmann, André Schenke) Bl.51 d.A.
  "... eine Nutzung als Viehweide ... nicht zielführend.
  Eine Feldblockerrichtung wird nicht befürwortet."
  Was ist deren Ziel? Illegale Streichung und
  somit Unmöglichkeit EU-Beihilfen zu erlangen.

- LDS-Guth denunziert+verleumdet G. an Marion Degenhardt und
  Führerriege Stephan Loge (dieser meldet sich auch zu Wort)

- 01.08.2018 Lügen+Verleumdung durch ForstBeamten B.Nass
  und dem LfU-BRS-Röver-Klan+Co.
https://budich.org/cgi-bin/e2laden.pl?f=*NR&c=5004805&t=temartic

- interessant: Behörden fürchten "Robin-Hood"
https://budich.org/cgi-bin/e2laden.pl?f=*NR&c=5004804&t=temartic
(was deren baroneske-antidemokratische Grundeinstellung beweist)

Zuletzt unbegründeter LDS-Bescheid auf Basis von Beamten-LÜGEN mit Vertreibung vom Land und sogenanntes Ordnungsgeld von 2.000,-Euro im Auftrag des "Biosphärenreservat"(Erlenwald-Killer).
http://budich.org/pressebu/xgroger3.htm

Wie ist ihre persönliche Meinung und die des Spreewaldvereins dazu?

Ich bitte um Eingangsbestätigung.
--
Mit freundlichen Grüßen Dipl.-Ing.(FH) Thomas Budich
Spreestr.38 15907 Lübben hierbei Journalist+Spreewälder
und sonst auch Naturschützer

CC: jagd-form1_budichorg

Von: Th Budich
An: Dirk.Ilgenstein@lfu.brandenburg.de
Datum: Mo, 20. Aug 2018 14.18 Uhr
Betreff: Presseanfrage: Erlenbaumsterben und Waldkiller-Nowak, Biosphärenreservat Spreewald btp36

Von: Thomas Budich, Lübben
Journalist+Spreewälder

Sehr geehrter Herr Ilgenstein!

Sie haben sich bislang unseriös mit Äußerungen zum Thema zurückgehalten. Da fragt sich der Spreewälder und Steuerzahler wozu Sie das viele Gehaltsgeld erhalten und ob Sie ein Feigling oder Behördenleiter sind.

Ich und meine Unterstützer/Leser erwarten *_**von Ihnen persönlich**_* eine verbindliche Stellungnahme zum Behörden-Nowak-verursachten vermeidbaren Erlenbaum-Massensterben. Durch sein vorsätzliches handeln ist er ein WaldKILLER.

der Sachverhalt:

Cirka 300 ha Landes- UND PRIVAT-Wald sind vernichtet.
http://budich.org/luebbens/gk70749inowak.jpg
http://budich.org/luebbens/5004836a_nowak.jpg

Ursache: Der, bzgl. NatSGSpreewV illegale, Aufstau der Spree um 20cm durch ihre Biosphärenreservatsverwaltung (Eugen Nowak).

Das Problem:
-primäre Ursache des Erlensterbens ist eine Pilzkrankheit,
welche durch Niedrigwasser bekämpfbar ist.

==>>Die sekundäre aber ENTSCHEIDENDE ProblemURSACHE ist das künstliche Dauer-Stau-Hochwasser welches durch d.BRS-LfU-Behörde gegen den Willen der Spreewälder und Landeigentümer seit 1993 praktiziert wird. Diese Maßnahmen der Pseudoumweltschützer sind sachwidrig und teilweise illegal.

Zusammenhang/Kausalität: Durch das unnatürliche Stauwasser werden die Erlen leicht infiziert und haben keine Gelegenheit zu Gesunden.

++ Problemlösung: Rückgängigmachung der falschen und illegalen Staumaßnahmen des "Biosphärenreservates" (20cm Aufstau).
http://budich.org/pressebu/lnstg1ai.jpg

++ Wirkungsablauf: Weil dann die Erlen-Bäume, insbesondere während der Vegetationsperiode, oberirdisch trocken-stehen können deren Selbst-Heilungskräfte wirksam werden. Desweiteren wird die Verbreitung der Pilzkrankheit verringert da infizierte ErlenSamen und PilzSporen nicht mit Sommerhochwasser verbreitet werden.

! Studien belegen v.g. Darstellung! Details im Artikel btp36.
http://budich.org/pressebu/p36spree.htm

Das Waldsterben kann beendet werden wenn der Verursacher "Biosphärenreservat-Spreewald", also das LfU des "Umweltministerium" Brandenburg, die totbringende und Land-zerstörende Aufstauung um Lübben beendet.

Zusammenstellung:

http://budich.org/luebbens/waldtot1.shtml

bzw. (Abo.Euro)
https://budich.org/cgi-bin/e2laden.pl?f=*NR&c=5004836&t=temartic

Siehe auch die damit verbundene behörden-kriminelle Vertreibung des Landwirtes Groger, welche Sie Herr Dirk Ilgenstein mitzuverantworten haben.

Eine alsbaldige Eingangsbestätigung, ggf. mit Aktenzeichen, ist erbeten. Als Antworttermin sollte der 17.09.2018 nicht überschritten werden. Diese Anfrage wird im Internet veröffentlicht.

--
Mit freundlichen Grüßen Dipl.-Ing.(FH) Thomas Budich
Spreestr.38 15907 Lübben hierbei Journalist+Spreewälder

CC: bne@unesco.de; info@robinwood.de; jagd-form1_budichorg; poststelle@bfn.de; welterbe@unesco.de

...

systemmedial verschwiegene Probleme und dubiose Politik
Sommer.2017 von: Journalist Thomas Budich

Dies ist die freie Artikel-Version bei der einige sehr interessante Abschnitte und weiterreichende Rechercheergebnisse ausgeblendet sind.

Spreewald-Politik: Biosphärenreservat Natur gegen Kulturlandschaft?

Theorie & Praxis, Interessengruppen, ProblemGruppen, eigentlich: Geld?

€ EURO
Abo.LogIn
Es gibt Start-Guthaben bei Registrierung!
Petenten/Mitglieder Verzeichnis-LogIn

I. Einleitung
II. Kritik.1: (Kernzonen-)Eigentumspolitik
III. Interessen und Interessengruppen
IV. Themen+Problem-Gruppen:
P1: Landesstrategie MOOR
P2: diverse "in der Fläche"
P3: Umgang mit der Bevölkerung
V. Fakten, Erkenntnisse, Zusammenhänge
5a) verschiedene Dok./Niederschriften
5b) Interviews(i.A.), Gespräche, wahre Geschichten
5c) Kausalitäten
VI. Mängel, Strittiges, Entscheidungsprozesse?
VII. Ideen, Anmerkung, Auswertung, Meinung
VIII. Schlußfolgerung, Lösungen / Maßnahmen, Konfliktlösung
IX. Verschiedenes, Anlagen, Dokumente, Literaturangabe
Fußnoten | Fotos/Bilder | Adressen | Namen | Rechtliches §§ | Sonstiges+LINKs | Chronologie
X. Zusammenfassung

erarbeitet ab 22.06.2017 bis mindestens 14.08.,07.09.
Lesezeit ca. 1,5 Stunden (ohne Anlagen, ca.21-25 DIN-A4 Seiten)
Fortsetzung ööö: **Moor & Pegel, Kernzone**

I) Einleitung

Anregung zu diesem Artikel hat die Gesprächsrunde "Lausitzer Rundschau(LR) vor Ort" "Leben in der Biosphäre" am 22.06.2017[F7] in Lübben-Steinkirchen im "Neuhaus" gegeben. In der dortigen Diskussion zur **KernzonenErweiterung Spreewald Kockrowsberg** wurden einige Aspekte (**Stau-Pegel** / Hochwasser...) aufgeworfen welche eine intensivere Analyse einzuleiten geboten. Hierzu wurden und werden umfangreiche Datenbestände ausgewertet.
Derzeit beanspruchen Kernzonen weniger als 3% der BR-Gesamtfläche. Die Erweiterung der Kernzone auf 3% der Gesamtfläche ist gemäß MAB/BfN[^Abk.] notwendig um den UNESCO-Status zu behalten. In Kernzonen soll unbeeinflusst vom Menschen die (wiederkehrende) Natur herrschen. Offenkundig hat seit 12.09.1990 der Eine oder die andere Beamtin bzw. Behörde schlampig/fehlerhaft gearbeitet oder gar vorsätzlich im unauffindbaren! Antrag[xd17] an die UNESCO falsche Flächenangaben gemacht. (so ist die Links-Rote Verwaltung im Land Brandeburg nicht selten)

Dieser Artikel behandelt das politische Thema: Biosphärenreservat Spreewald oder Kulturlandschaft?
Haupt-Aufgabe meines Artikel: Validierung von Tatsachenbehauptungen und Ermittlung von Zusammenhängen.

Ich bin einerseits Natur- und teilweise Wildnisfreund, aber Nicht totalitär oder einseitig, sondern auch Anwohner, Demokrat und achte bestimmte Bedürfnisse, Rechte der Landeigentümer und Randbedingungen (bspw. des zivilisierten Lebensraumes).
Auch spreewälder Naturfreunde und Touristen erkennen das wir die Kultur-Landschaft und Landwirtschaft benötigen. Desweiteren sind die Rechte der Flächeneigentümer und BR-KernZonen-Nachbarn sowie die Mühen unserer Vorfahren bei der Besiedlung und Urbarmachung zu würdigen.
Ebenso müssen wir unterscheiden zwischen echte Naturschützer und Verwalter ("Beamte" /Angestellte der Landesbehörde).

So gibt es nicht nur Positives sondern auch Negatives bei und um die zugrundeliegende Politik und deren tatsächlicher Umsetzung. Probleme können nur zu lösbaren Aufgaben werden wenn diese erkannt und öffentlich benannt werden. Im Rahmen unserer FDGO sind die Möglichkeiten für die Bürgermitbestimmung zu stärken.
Worüber sollte also berichtet werden und Was ist zu verändern?
Folgend können Sie auch Ausführungen zur Strategie, Taktik und den Analysen lesen. Eine gewisse Vorkenntnis zum Thema ist hilfreich, dennoch können und sollten Sie den Text erst einmal durchlesen. Haben Sie dann noch Fragen so finden Sie in der Abo-"FAQ" € Antworten und Erklärungen.

Eine Frage: "Gehts um die Sache oder um Geld?"

II) Kritik.1: (Kernzonen-)Eigentumspolitik:

Ist die brandenburger Landesbehörde Biosphärenreservat und KöR LUGV/LfU fair und seriös?
Bzgl. Landkauf und im Umgang mit Landbürger NICHT!





Nämlich weil diese den Eigentümern nur den DDR-Alibi-Preis°F1 für das Land unserer Vorfahren zahlen möchte, selbst aber üppige Gehälter bekommt (TVöD).
Als Vergleich kann folgende Überlegung gelten: Wie lange mußten unsere Ahnen schwer arbeiten um die Wildnis nutzbar zu machen? Welcher Zeitaufwand ist zur Erhaltung nötig? Beispiel:

- BR-Gehalt 3.500,-EUR brutto/Monat°F13 und 25 ct/m² Kaufpreis (angeboten wurden nur 13..25ct/m² °F12), damit könnte man 14.000qm (=1,4 ha) "kaufen"
- oder über die Arbeitszeit: bei 40+Überstunden;-)=50h-Woche, also ca. 210 Arb.Std./Monat, ergeben 16,67 EUR/h-Lohn. Für 1m² Spreewaldwiese müßte ein TVöD-BRS Mensch also nur 0,9 Minuten (=54 Sekunden) arbeiten.
- Die Gelder die das BR/Landesverwaltung aus Subventions- und Steuertöpfen abkassiert (und teilweise an Begünstigte weitergibt) dürften ein Vergolden der Wiesen ermöglichen.

Wenn den sogenannten Umweltschützern die Natur / Kulturlandschaft[faq3604] so wichtig ist, warum gehen diese mit den Eigentümern seit mehr als 20 Jahren nicht anständig um und machen keine seriösen Angebote?

...